

VPOD erwartet Unterstützung vom Staatsrat

Die Gewerkschaft setzt sich für die Krippenleiterin des Freiburger Spitals HFR ein, die gestreikt hatte – und für das Recht, zu streiken.

FREIBURG Am 31. März traten die Mitarbeiterinnen der Kinderkrippe «Les Gribouilles» des Freiburger Spitals HFR in den Streik: Sie wehrten sich gegen die Ankündigung des Spitals, den Betrieb möglicherweise zu privatisieren. Eine Woche später leitete das Spital eine Administrativuntersuchung gegen die Krippenleiterin ein: Die HFR-Direktion wollte untersuchen, ob sie der Leiterin kündigen kann, weil sie gestreikt hatte (die FN berichteten). Gestern nun hat die Gewerkschaft VPOD (Verband des Personals der öffentlichen Dienste), welche die 58-jährige Krippenleiterin unterstützt, den Medien ihre Stellungnahme vorgestellt.

Die Befragungen von sechs streikenden Mitarbeiterinnen, zwei Nicht-Streikenden sowie der Krippenleiterin im Rahmen der Administrativuntersuchung zeigten deutlich, dass weder die Leiterin noch die Gewerkschaft Druck ausgeübt hätten: «Alle konnten frei entscheiden, ob sie streiken wollten oder nicht», sagt VPOD-Generalsekretär Gaëtan Zurkinder. Gleichzeitig hätten alle ausgesagt, dass der Streik für sie das letzte Mittel gewesen sei: «Zu diesem Zeitpunkt gab es keine Aussicht auf eine Verhandlung.»

«Verfassungswidrig»

Die HFR-Direktion beruft sich in ihrer Untersuchung auf einen Artikel im Freiburger Personalgesetz, welcher dem Staatspersonal jeglichen Streik verbietet. «Der Artikel verstösst sowohl gegen die Kantons- und die Bundesverfassung», sagte VPOD-Anwalt Christian Dandrès. Staatspräsident Erwin Jutzet (SP) habe dies bestätigt und angekündigt, dass das Personalgesetz überarbeitet werden müsse. «Wir fordern darum den Staatsrat auf, sich beim HFR dafür einzusetzen, dass die Krippenleiterin nicht wegen eines verfassungswidrigen Gesetzesartikels entlassen wird», sagte Zurkinder.

Für die Gewerkschaft wird die Frage, ob die Krippenleiterin entlassen wird, damit zu einer Grundsatzfrage: «Hier geht es um das grundlegende Recht, zu streiken», sagte Zurkinder.

Der Entscheid des Spitals wird Ende Monat erwartet. *njb*

Express

Nach Auffahrunfall verletzt

FLAMATT Bei einem Verkehrsunfall in Flamatt hat sich am Montagabend eine Automobilistin verletzt. Gemäss einer Mitteilung der Kantonspolizei fuhr die 48-Jährige auf der Bernstrasse kurz nach dem Bahnübergang auf den vor ihr herfahrenden Wagen eines 60-jährigen Mannes auf. Der vorausfahrende Lenker hatte aufgrund der Strassenverhältnisse abgebremst, was die Frau nicht bemerkt habe. Sie beklagte sich laut der Mitteilung nach dem Unfall über Schmerzen. *fa*

Der Radius der kantonalen Ombudsstelle ist nun klar definiert

Das Freiburger Parlament will eine Anlaufstelle für **Bürger**, setzt dieser aber auch klare Grenzen.

URS HAENNI

Es ist die letzte grosse Neuheit aus der Kantonsverfassung, die nun umgesetzt wird: Staatsrätin Marie Garnier (Grüne) erwartet von der kantonalen Ombudsstelle für Verwaltungsangelegenheiten eine weitere Stärkung des Vertrauens der Bürger in die Behörden. Das Prinzip dieser Ombudsstelle stand bei der gestrigen Beratung im Grossen Rat nicht in Frage: Das Eintreten auf den entsprechenden Gesetzesentwurf war unbestritten.

Vielmehr drehte sich bei der Ratsdebatte fast alles um die Frage, wie weit der Einfluss dieser Ombudsstelle gehen soll. Eine Minderheit der beratenden Kommission hätte die Anlaufstelle für Bürger weitreichende Kompetenzen geben wollen. Nicole Lehner-Gigon (SP, Massonnens) sprach sich für eine Lösung aus, bei der die Hürde für den Zugang durch die Bürger möglichst niedrig ist und die Ombudsperson sogar von sich aus aktiv wird, wenn dem Bürger der Mut zur Intervention fehlt.

Bei der ersten Lesung des Gesetzes folgte der Rat aber in allen Punkten der Mehrheit der Kommission. Das Eingreifen von Amtes wegen wurde mit 46 gegen 34 Stimmen verworfen. Freiburg folgt dem französischen Begriff von Mediator (siehe Kasten). «Es soll kein Sheriff sein, der denunziert und das Gesetz in die Hand nimmt», sagte Antoinette de Weck (FDP, Freiburg).

Auch entschied der Rat mit 40 gegen 31 Stimmen, dass der Mediator in Ausnahmefällen



Die Freiburger Lösung: Ein Mediator mit Eigenschaften einer Ombudsperson.

Bild Aldo Ellena/a

Kosten verrechnen kann. Kommissionssprecher Nicolas Kolly (SVP, Essert) sagte: «Die Kommission will, dass die Ombudsstelle für den Bürger gratis ist. Aber Ausnahmen müssen möglich sein, etwa um bei missbräuchlicher Beanspruchung durch Querulanten Kosten verrechnen zu können.» Gemäss Kolly soll dies in einem Reglement ausformuliert werden.

Die Kommissionsminderheit hätte auch gewollt, dass der Mediator sich in die Justiz einschalten kann. Der Rat lehnte dies ab. Staatsrätin Garnier sagte: «Diese Instanzen, die da helfen, gibt es schon.»

Der Justizrat, etwa. Ebenfalls will der Rat nicht, dass die Ombudsstelle an der Gemeindeautonomie ritzt. Deshalb strich er eine Stelle aus dem Gesetz, wonach der Oberamtmann zwischen Bürgern und Gemeinden Mediator ist. Der Staatsrat wollte an diesem Pausen festhalten, der Grosse Rat aber überlässt dies ganz den Gemeinden. Er verwarf auch einen Antrag von Grossrat Christian Ducotterd (CVP, Grolley), wonach die kantonale Ombudsstelle sich um Geschäfte auf Gemeindeebene kümmern soll.

Die zweite Lesung findet am Donnerstag statt.

Zahlen und Fakten

Einsparungen in unbekannter Höhe

Dass es im Kanton Freiburg rund zwölf Jahre dauerte, bis ein Konsens über eine Ombudsstelle zustande kam, hängt auch mit dem Begriff zusammen. In der französischen Fassung war von einem «organe de médiation» die Rede, in der deutschen von einer Ombudsstelle. Beide haben eine unterschiedliche Bedeutung, namentlich bei der Kompetenz, von Amtes wegen einzugreifen. Freiburg hat sich für die Westschweizer Lösung ent-

schieden: ein Mediator mit Eigenschaften einer Ombudsperson. Diese Stelle wird der Staatskanzlei angegliedert und beim Büro für Datenschutz und Transparenz untergebracht. Geplant sind ein Pensum von 50 bis 80 Prozent und ein jährlicher Aufwand von 200 000 Franken. Der Staatsrat erwartet Einsparungen bei Gerichtsverfahren, kann dazu aber keine Schätzungen machen. Die Ombudsstelle dürfte 2016 den Betrieb aufnehmen. *uh*

Debatte für eine grössere Agglo hat begonnen

Der Grosse Rat hat einen Bericht des Staatsrats zur Agglomeration zur Kenntnis genommen. Veränderungen zeichnen sich ab.

FREIBURG «Der Kanton Freiburg hat ein Interesse, seine Agglomerationen zu stärken, um nicht zu einer Schlafregion zu werden.» Dies sagte Staatsrätin Marie Garnier (Grüne) gestern vor dem Grossen Rat, als sie den Bericht auf ein Postulat der Grossräte Markus Bapst (CVP, Düdingen) und André Schneuwly (Freie Wähler, Düdingen) präsentierte. Das Freiburger Agglo-Gesetz sei ein gutes Instrument, aber es sei nach sieben Jahren an der Zeit, eine Bilanz zu ziehen. Diese Bilanz in Form eines 25-seitigen Berichts definiert als Ziel die Erweiterung des Agglo-Perimeters. «Der Unterschied zwischen dem institutionellen und dem funktionellen Perimeter der Agglo wird immer grösser», so Garnier. Sie meinte damit den Perimeter der Mitgliedergemeinden und jenen, der vom Bund definiert

wird. Diese Diskrepanz bedrohe die Finanzierung der Agglo durch den Bund. «Wir riskieren, die nächsten Ziele nicht zu erreichen, wenn wir nicht die richtige Grösse haben», so Garnier. Diese Einschätzung wurde gestern im Rat auch von den beiden Postulanten Bapst und Schneuwly geteilt.

Was die richtige Grösse ist, darüber gingen schon bei der gestrigen Debatte die Ansichten auseinander. Albert Lambelet (CVP, Corminboeuf), sprach von 37 Gemeinden, wie es Bundesbern wolle. Auch eine Agglo mit zwei Kreisen kam zur Sprache: mit einem inneren Kreis um die Kerngebiete Raumplanung und Transport und einem äusseren mit Leistungsvereinbarungen für sekundäre Aufgaben. «Das würde zu Spannungen führen», meinte Antoinette de Weck (FDP, Freiburg). Es könnte sich dadurch ein Ungleichgewicht zwischen Steuerzahlern und Nutzniessern ergeben, so Schneuwly. Erika Schnyder (SP, Villars-sur-Glâne) stellte zudem die Frage nach der Rolle des Oberamtmanns. *uh*

Richterwahl zwischen Meriten und Parteien

Der Grosse Rat hat Grégoire Bovet zum Präsidenten des Bezirksgerichts Glane gewählt. Die Justizkommission bevorzugte aber eine andere Kandidatur.

FREIBURG Grégoire Bovet (CVP) hat bei der gestrigen Wahl zum Präsidenten des Bezirksgerichts Glane 52 Stimmen erhalten, Ariane Guye (SVP) 44. Damit folgte das Kantonsparlament dem Justizrat, der Aufsichtsbehörde über die Freiburger Justiz. Dass die Wahl knapp ausfiel, ist darauf zurückzuführen, dass die Justizkommission des Parlaments Ariane Guye empfahl.

André Schneuwly (Freie Wähler, Düdingen), Mitglied der Kommission, bedauerte, dass diese nicht der Empfehlung des Justizrats folgte. Der Justizrat habe die Kandidaturen geprüft und nach qualitativen Kriterien priorisiert. Die Kommission habe sich aber ohne Rückfragen oder Diskussionen für eine andere Kandidatur ausgesprochen. «Ich bin enttäuscht, es sollte nicht nach

politischer Herkunft gewählt werden.» Auch Laurent Thévoz (Grüne, Freiburg) wollte von der Kommission Erklärungen: «Sie soll einen Bericht vorlegen; das verlangt das Gesetz.» Nicolas Kolly (SVP, Essert) sagte: «Es zählen auch Sensibilitäten wie Partei, Geschlecht oder regionale Herkunft.» Emmanuelle Kaelin Murith (CVP, Bulle), Präsidentin der Kommission, sagte: «Auch die Justizkommission gibt nur eine Empfehlung ab.» Dass es zu Abweichungen komme, sei normal: In fünf Jahren sei der Rat 14 Mal nicht dem Justizrat gefolgt.

Im Weiteren hat der Grosse Rat dafür Fabien Gasser für weitere fünf Jahre zum Generalstaatsanwalt gewählt. Die Wahl war mit 84 Stimmen unbestritten. Auch hat der Rat eine Zweierkandidatur von Raphaël Bourquin und Alessia Chocomeli-Lisibach gutgeheissen. Diese Lösung werde vom Generalstaatsanwalt begrüsst und mögliche eine bessere Aufgabenteilung hinsichtlich Leitung und Stellvertretung, so der Justizrat. *uh*

Mitgift für zwei Fusionen gesprochen

Der Grosse Rat hat die Fusionen zwischen Haut- und Bas-Vully sowie Belfaux und Autafond gutgeheissen. Er unterstützt sie mit 1,2 Millionen Franken.

FREIBURG Beide Fusionen waren am 8. März dieses Jahres von den Bürgern der jeweiligen Gemeinden genehmigt worden. Nun hat auch der Grosse Rat mit je 95 Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen zugestimmt, dass aus Haut- und Bas-Vully die Gemeinde «Mont-Vully» wird, und dass sich Autafond Belfaux anschliesst. Die Fusion im Seebezirk erhält 666 000 Franken Finanzhilfe, jene im Saanebezirk 559 000 Franken. Wie verschiedene Grossräte sagten, entsprechen beide Vorhaben den Fusionsplänen der jeweiligen Oberamtmänner. Doch während «Mont-Vully» zur fünftgrössten Seebezirkler Gemeinde wird, ist es im Fall von Belfaux ein «Amuse-bouche», wie Claude Chassot (CSP, Villars-le-Gibloux) sagte. *uh*